

Wirtschaft

In den vergangenen 20 Jahren konnte das Agrarland Mali eine überwiegend positive wirtschaftliche Entwicklung verzeichnen, die auch auf die dynamische Entwicklung des Goldbergbaus zurückzuführen war. Das Wirtschaftswachstum reichte jedoch nicht für eine relevante Verringerung der Armut, und Mali bleibt in hohem Maße von der internationalen Entwicklungszusammenarbeit abhängig.

Geschätztes BIP 14,18 Mrd. US-\$

Pro Kopf Einkommen (Kaufkraftparität) 1174 US-\$

Rang der menschlichen Entwicklung (HDI) 184 von 189 (2020)

Anteil Armut (unter 1,25 \$ pro Tag) 50,4%

Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient) 33,02

Wirtschaftliche Transformation (BTI) Rang 104 von 137 (2020)

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage

Die malische Wirtschaft wird geprägt von der Dominanz des Agrarsektors sowie der rasch zunehmenden Bedeutung des Goldbergbaus. Mali gehört entsprechend der Indikatoren der menschlichen Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zu den 10 ärmsten Ländern der Welt (2019: Rang 184 von 189). Wichtigster Wirtschaftssektor ist die Landwirtschaft, die über 70 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung beschäftigt und 38,4 % zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt (Zahlen für 2013). Stark an Bedeutung gewonnen haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Goldbergbau sowie der informelle Sektor.

Es besteht ein deutliches Süd-Nord-Gefälle der wirtschaftlichen Entwicklung. Südmali mit der Agglomeration Bamako, der Baumwollanbauzone und den Goldbergbaugebieten weist deutlich bessere Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung

auf als die zentralen und nördlichen Landesteile.

Von sehr erheblicher Bedeutung sind die Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Maliern (nach unterschiedlichen Schätzungen 200 Mio. Euro in 2010 bis eine Milliarde US-Dollar in 2017). Nach einer Studie der EU entsprachen die Rücküberweisungen in 2014 7,7 % des Bruttoinlandsprodukts. Insbesondere in der Region Kayes sind Rücküberweisungen von erheblicher Bedeutung für die lokale Entwicklung.

Der Ausbruch bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen in der Elfenbeinküste in 2002 und die dadurch ausgelöste dortige Wirtschaftskrise beeinträchtigten die Wirtschaftsentwicklung Malis. Wichtige Absatzmärkte für malische Agrarprodukte in der Elfenbeinküste brachen weg. Der bis 2002 in erster Linie über die Elfenbeinküste abgewickelte Außenhandel Malis wurde zudem durch stark gestiegene Transportkosten belastet. Erschwerend kam hinzu, dass aufgrund von fremdenfeindlichen Entwicklungen in der Elfenbeinküste zehntausende Malier nach Mali zurückkehren mussten. Dies brachte erhebliche wirtschaftliche Belastungen im Lande, da die üblichen Geldüberweisungen an in Mali lebende Familienangehörige entfielen. Zudem mangelte es in Mali an wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten für die Zwangsrückkehrer. Auch die schwere innenpolitische Krise in der Elfenbeinküste in 2011 traf die malische Wirtschaft schwer. Auch aus diesem Grund steigt die Bedeutung der Abwicklung des Außenhandels in Überseehäfen außerhalb der Elfenbeinküste.

Mit der Elfenbeinküste wurde eine engere Zusammenarbeit in der Elektrizitätsversorgung vereinbart. Eine Hochspannungsleitung versorgt seit 2012 die Regionen Sikasso und Ségou mit Elektrizität aus der Elfenbeinküste und trägt zu einer verbesserten Versorgung bei. Eine weitere Hochspannungsleitung für den Stromimport aus der Elfenbeinküste wurde in 2018 in Betrieb genommen und wird gegenwärtig bis Bamako verlängert. Darüber hinaus ist eine Verbindung der Elektrizitätsnetze Malis und Guineas geplant sowie die Errichtung eines

Stromverbunds mit Burkina Faso und Ghana. In 2017 schloss die EDM mit dem senegalesischen Energieunternehmen SENELEC eine Vereinbarung über den Import von Elektrizität aus Senegal.

Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2006 betrug das Wirtschaftswachstum 4,9 % (2007 bis 2009: 4,3 %). In 2010 wurde ein Wirtschaftswachstum von 5,8 % erzielt, wobei Mali vor allem von der günstigen Entwicklung des Weltmarktpreises für Gold profitierte. Insbesondere aufgrund des ungünstigen Verlaufs der für die Agrarwirtschaft außerordentlich wichtigen Regenzeit ging das Wachstum in 2011 auf lediglich 2,7 % zurück. Für 2012 prognostizierte der IWF zunächst ein Wirtschaftswachstum von über 5 %. Jedoch zog die schwere innenpolitische Krise eine ernste Wirtschaftskrise nach sich, so dass in 2012 ein negatives Wirtschaftswachstum (Rückgang um 1,5 %) verzeichnet wurde. In 2013 konnte wieder ein Wirtschaftswachstum (1,8 %) verzeichnet werden, das vor allem auf der dynamischen Entwicklung der Agrarwirtschaft, des Goldbergbaus sowie der erneut angelaufenen internationalen Entwicklungszusammenarbeit basierte. In 2017 wuchs die malische Wirtschaft um 5,3 % (2014: 7,2 %, 2015: 5,0 %, 2016: 5,6%). In 2018 wurde ein Wirtschaftswachstum von 4,7 % erzielt.

Für 2019 wird ein Wirtschaftswachstum von 5,6 % erwartet. Zahlreiche aussagekräftige Daten zur Wirtschaftsstruktur und -entwicklung finden sich unter anderem auf einer Internetseite der Weltbank.

Regelmäßig aktualisierte Informationen zur Ernährungslage und zu möglichen Ernährungskrisen in Mali stellen die Hungerfrühwarnsysteme FEWSNET und SAP bereit, sowie die Marktinformationssysteme OMA und RESIMAO.

Landwirtschaft

Nur 5,5 % der Landesfläche (Wert für 2014) werden ackerbaulich genutzt, weitere 25 % können als Weideland genutzt werden. Die

Anbauzentren des Landes befinden sich in den südlichen Landesteilen und entlang des Niger. Im Süden werden vor allem Getreide (Hirse, Sorghum, Mais), Baumwolle und Erdnüsse angebaut. Entlang des Niger wird in erster Linie Reis angebaut. Seit zwei Jahrzehnten wurden die Bewässerungsflächen beständig ausgeweitet. Eine besondere Bedeutung fällt in diesem Zusammenhang dem Bewässerungsgebiet des Office du Niger in der Region Ségou zu. Es handelt sich um das größte Bewässerungsgebiet Westafrikas, in dem neben Reis auch Zuckerrohr und Gemüse angebaut werden, und in dem in Zukunft verstärkt auch Weizen und Ölfrüchte (z.B. Sonnenblumen) angebaut werden sollen. Gegen die gleichnamige staatliche Behörde, die das Bewässerungsgebiet betreibt, werden regelmäßig Korruptionsvorwürfe erhoben.

Die Ausweitung der Bewässerung gehört zu den Prioritäten der malischen Agrarpolitik. In diesem Zusammenhang misst die Regierung dem in 2010 begonnenen Taoussa-Staudammprojekt am Niger in der Region Gao eine große Bedeutung bei. An der Finanzierung dieses nicht unumstrittenen Großprojekts sind zahlreiche Geber beteiligt. Durch den jüngsten Nordmali-Konflikt wird die Realisierung des Taoussa-Projekts in Frage gestellt. In verstärktem Maße fördert die Regierung ausländische Großinvestitionen in der Bewässerungslandwirtschaft.

Die Tatsache, dass sowohl Mali wie auch andere Anrainerstaaten neue Staudämme entlang des Niger und seinen Nebenflüssen planen und errichten, erhöht die Gefahr einer Übernutzung der Wasserressourcen. Zugleich unterstreicht sie die Notwendigkeit einer besseren grenzüberschreitenden Abstimmung hinsichtlich der zukünftigen Nutzung des Nigerwassers und der Analyse der Auswirkungen von Staudambauten. In diesem Zusammenhang ist auf ein mit niederländischer Unterstützung durchgeführtes Pilotprojekt zu verweisen. Auch hinsichtlich der Nutzung der Wasserressourcen des Senegal wird eine verstärkte Kooperation zwischen den Anrainerstaaten angestrebt, was angesichts der

laufenden und geplanten Errichtung weiterer Staudämme sinnvoll und notwendig erscheint.

In Zentralmali dominieren die extensive, vor allem von den Fulbe betriebene, Viehhaltung (Rinder, Schafe, Ziegen) und der Hirseanbau, welcher vor allem im Dogonland und im Office du Niger durch bewässerten Gemüseanbau ergänzt wird. Im Nigerbinnendelta ist der Fischfang, der insbesondere

von den Bozo betrieben wird, von großer Bedeutung. Je weiter man nach Norden gelangt, desto größer wird das Risiko, dass sich aufgrund ungünstig verteilter Regenfälle die kritische Periode zwischen dem Aufbrauchen der alten Erntevorräte und dem Einbringen der neuen Getreideernte verschiebt, wodurch sich die saisonale Abwanderung vom Land erheblich verstärken kann. In Nordmali ist aufgrund der Aridität ertragreicher und sicherer Anbau nur mit Bewässerung möglich sowie extensive Viehhaltung (Dromedare, Ziegen und Schafe). Verstärkte Förderung erhält die Milchproduktion und -verarbeitung, die zu einer Verringerung von Milchpulverimporten beitragen könnte.

Die Ursachen für immer wieder auftretende Ernährungskrisen sind vielfach komplexer Natur. Nach einer Heuschreckeninvasion und einer ungünstigen Regenzeit stellte sich in 2004 die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zum ersten Mal seit längerer Zeit als extrem schwierig dar. Nach offiziellen Angaben waren mehr als eine Million Menschen vom Hunger bedroht und zumindest für einige Monate auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, wobei die nördlichen Landesteile am schlimmsten betroffen waren. Auch aufgrund guter Regenzeiten konnten in den Folgejahren überdurchschnittlich gute Getreideernten eingebracht werden, was eine vorübergehende Entspannung der Ernährungssituation bewirkte, obwohl in einigen Gegenden erhebliche Ernteschäden durch Überschwemmungen zu beklagen waren.

Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts konnte die Getreideproduktion erheblich gesteigert werden. Im Zeitraum

2004 bis 2008 betrug die durchschnittliche jährliche Getreideproduktion 3,7 Mio. t, während im Zeitraum 2009 bis 2013 im Durchschnitt 6,2 Mio. t Getreide geerntet wurden. Infolge guter Ernten in 2009 und 2010 (2009: Getreideüberschuss von ca. 1 Mio. t) entwickelte sich Mali zeitweilig zu einem regional bedeutenden Getreideexporteur.

In 2011 wurde das von der Regierung anvisierte Ziel einer Produktion von 8,9 Mio. t Getreide infolge eines ungünstigen Verlaufs der Regenzeit bei weitem verfehlt und die Produktion betrug lediglich 5,8 Mio. t. Obwohl Anfang 2012 für das gesamte Land ein Getreideüberschuss von ca. 500.000 t beziffert

wurde, drohte infolge hoher Ernteeinbußen in Teilen West- und Zentralmali eine ernste Ernährungskrise, die ca. 1,7 Mio. Menschen bedrohte. Erschwerend wirkte sich auf die Versorgungslage die verstärkte Getreidenachfrage aus grenznahen Regionen in Mauretanien und Niger aus, in denen die Getreideernte schlecht ausgefallen war.

Von der Regierung wurde ein Nothilfeprogramm verabschiedet, das unter anderem den Ankauf und die Gratisverteilung von 46.000 t Getreide in besonders betroffenen Gebieten vorsah. Zudem bat sie frühzeitig die internationale Gemeinschaft um Unterstützung. Die Bewältigung der Ernährungskrise wurde jedoch in erheblichem Maße von der drastischen Verschlechterung der Sicherheitslage in Nordmali beeinträchtigt.

In 2012 wurde insbesondere aufgrund des günstigen Verlaufs der Regenzeit mit 6,6 Mio. t eine sehr gute Getreideernte eingebracht, die in den meisten Landesteilen zu einer deutlichen Verbesserung der Ernährungssituation beitrug. Gleiches traf auch auf die Nachbarländer Niger und Burkina Faso zu.

Für 2013 verfolgte die Regierung das ehrgeizige Ziel einer

weiteren erheblichen Produktionssteigerung auf insgesamt 7,5 Mio. t Getreide. Jedoch wurde vielerorts eine späte Getreideaussaat beobachtet, da die Regenzeit verspätet einsetzte. Insgesamt wurde die in 2013 eingebrachte Ernte als durchschnittlich bis gut beurteilt, wobei 5,7 Mio. t Getreide geerntet wurden und das Land einen Getreideüberschuss von annähernd 900.000 t erzielte.

Die in 2014 eingebrachte Ernte stellte mit 7,0 Mio. t Getreide eine sehr gute Ernte dar, was die Erzielung eines Getreideüberschusses von 1,7 Mio. t ermöglichte. Für 2015 strebte die Regierung eine Getreideproduktion von 8,0 Mio. t an. Vielerorts führte jedoch ein verspätetes Einsetzen der Regenzeit zu Beunruhigung im Hinblick auf die sommerliche Anbaukampagne. Das ungewöhnlich lange Fortdauern der Regenfälle bis in den Oktober 2015 wirkte sich jedoch sehr positiv auf die Getreideernte aus, die 8,0 Mio. t betrug und einen Getreideüberschuss von 1,6 Mio. t ermöglichte.

In 2016 erzielte Mali mit 8,9 Mio. t Getreide erneut eine sehr gute Ernte, die einen Getreideüberschuss von 3,7 Mio. t ermöglichte. Mit einer sehr hohen Getreideernte von 9,3 Mio. t und einem Getreideüberschuss von 4,1 Mio. t (davon 580.000 t Reis) festigte Mali in 2017 seine Stellung als bedeutender regionaler Getreideexporteur. In verschiedenen Gegenden fiel die Ernte jedoch auf Grund von Überschwemmungen oder unregelmäßigen Regenfällen am Ende der Regenzeit ungünstig aus. In 2018 wurde mit 10,4 Mio. t Getreide eine sehr gute Ernte eingebracht. Mit 10,5 Mio. t. Getreide wurde in 2019 einen Rekordernte erzielt, die einen Getreideüberschuss von 4,5 Mio. t. ermöglichte. Allerdings verfügen viele ärmere Haushalte nicht über ausreichend Kaufkraft für den (Zu-) Kauf von Getreide, so dass trotz hoher Getreideernten das Problem der Unterernährung fortbesteht.

Trotz der landesweit guten bis sehr guten Ernten war die Ernährungslage im Zeitraum 2013 bis 2019 in Teilen Nord- und Zentralmalis infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen

und der Schließung der algerischen Grenze angespannt. Nach Schätzungen von OCHA waren Anfang 2019 3,2 Mio. Malier von Ernährungsunsicherheit betroffen. Es ist zu befürchten, dass auf Grund der angespannten Sicherheitslage in einigen wichtigen Anbaugebieten Zentralmalis die bäuerliche Bevölkerung nur einen Teil der Felder bestellen wird. Dies könnte schwerwiegende Folgen für die Ernährungssicherheit nach sich ziehen.

Einen wesentlichen Beitrag zur mittelfristigen Steigerung der Getreideproduktion hat die Initiative Riz geleistet. Hierbei handelt es sich um ein 2008 angelaufenes staatliches Förderprogramm für den Reisanbau, das auch von Gebern erhebliche Unterstützung erfuhr. Im Rahmen des Programms, mit dem die Regierung auf die Entwicklung auf den Weltgetreidemärkten und steigende Verbraucherpreise reagierte, wird vor allem der Kunstdüngereinsatz subventioniert. Kritiker bemängelten insbesondere eine einseitige Bevorzugung des Reisanbaus und befürchteten eine zunehmende Spekulation. Angesichts hoher Reispreise beschloss die Regierung mehrmals vorübergehende Importerleichterungen, die jedoch Gegenstand einer kontroversen Debatte waren. Subventioniert wird auch die Verwendung von Kunstdünger für den Baumwoll-, Mais- und Weizenanbau.

Die graduelle, wenn auch von einem alarmierend niedrigen Ausgangsniveau ausgehende, langfristige Verbesserung der Ernährungssituation lässt sich auch an der Entwicklung des Welthunger-Indexwertes erkennen. Dieser betrug für Mali in 2000 44,2 und hatte sich bis 2020 auf 22,9 verbessert (Vergleichswerte für 2020: Burkina Faso 25,8 / Senegal 17,1 / Niger 30,2 in 2019). In 2020 belegte Mali Rang 82 von insgesamt 107 bewerteten Staaten mit einem Indexwert von über 5 (2010: Rang 52 von 84 Staaten).

Der Bergbausektor hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen. Insbesondere der Goldbergbau erlebt seit den neunziger Jahren einen Boom. Im Süden und

Südwesten Malis wurden große Goldlagerstätten erschlossen, wobei ausländischen Investoren (vor allem aus der Republik Südafrika) eine Schlüsselrolle zufiel. Nach Meinung von Kritikern ziehen ausländische Bergbaufirmen einen überproportionalen Nutzen aus dem malischen Goldbergbau, und in verstärktem Maße wird über Alternativen in Bezug auf die Aufteilung der erwirtschafteten Erlöse diskutiert. Im August 2018 gewährte die Regierung dem Bergbaukonzern Randgold eine für vier Jahre geltende hohe Steuerermäßigung für den Ausbau einer der größten Goldminen des Landes.

In 2011 wurde Mali Mitglied der internationalen Rohstoff-Transparenzinitiative EITI. Zivilgesellschaftliche Vereinigungen haben eine kritische Begleitung der Initiative angekündigt. Die nigrische Regierung beschloss unterdessen in 2016 den Ausstieg aus der EITI, da die Mitgliedschaft des Landes wegen Nicht-Einhaltung der EITI-Richtlinien suspendiert worden war.

Mali ist nach der Republik Südafrika, Ghana und Sudan der viertgrößte Goldproduzent Afrikas. Die Goldproduktion belief sich in 2019 auf 65 t aus industriellen Goldminen (2018: 61 t). Zu der Produktion aus industriellen Goldminen kommt die handwerkliche Goldproduktion hinzu, die jedoch statistisch schwer zu erfassen ist (2019: 6 t). Trotz der erfolgten Schließung einer der größten Goldminen des Landes wird für die kommenden Jahre mit einem weiteren Anstieg der Goldproduktion gerechnet. Die Exploration neuer Lagerstätten wurde durch den zeitweiligen starken Anstieg des Weltmarktpreises für Gold angekurbelt.

Nördlich von Gao wird Phosphat für den Binnenmarkt abgebaut. In 2005 wurden in Nordmali Erdöllagerstätten entdeckt, an deren Erschließung große Hoffnungen geknüpft werden. Zudem bestehen Pläne zur Erschließung von Bauxitlagerstätten, Uranvorkommen, Lithiumvorkommen und Erdgasvorkommen, zur Erhöhung der Eisenerzproduktion, zur Ausweitung der Phosphatproduktion sowie zum Abbau von Manganerz. Die

Erschließung der aufgeführten Rohstoffvorkommen würde die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bergbaus sicherlich bedeutend erhöhen. Die Regierung beabsichtigt, durch eine Änderung des Bergbaugesetzes den Staatsanteil an Bergbauprojekten zu erhöhen und Unternehmen zu Investitionen in die Infrastruktur und die soziale Entwicklung zu verpflichten. Mit großem Interesse wurden vor diesem Hintergrund die Verhandlungen über einen neuen Uranabbau-Vertrag zwischen der nigrischen Regierung und dem französischen AREVA Energiekonzern verfolgt.

Der Industriesektor ist bislang lediglich von peripherer Bedeutung und wird von kleinen und mittelgroßen Betrieben dominiert. Von den ca. 30.000 Arbeitsplätzen im Industriesektor befinden sich ca. 75 % in der Agglomeration Bamako. Zum zweitwichtigsten Industriestandort hat sich der Großraum Sikasso entwickelt. Bedeutendste Industriezweige sind die Nahrungsmittelindustrie und die Baumwollentkernung, sowie zwei Textilfabriken. In 2007 wurde in der Nähe Bamakos die erste Düngemittelfabrik des Landes eröffnet. Seither konnte die Kunstdüngerversorgung der malischen Agrarwirtschaft deutlich verbessert werden. Zudem wird ein Teil der Produktion in die Nachbarstaaten exportiert.

Eines der derzeit größten Industrieprojekte umfasst den Bau einer großen Zuckerfabrik sowie die Anlage von ca. 14.000 ha bewässerter Zuckerrohranbaufläche im Gebiet des Office du Niger. Das Projekt stieß in den vergangenen Jahren jedoch auf Proteste der lokalen Bevölkerung, die sich gegen den befürchteten Verlust von Anbauflächen wehrte. Im gleichen Gebiet tätigte bereits ein

Großunternehmen aus Libyen sehr umfangreiche Investitionen in der Bewässerungslandwirtschaft, die jedoch, ebenso wie Großprojekte malischer Investoren, Gegenstand einer kontroversen Diskussion sind. Zudem wurde in 2012 eine mit chinesischer Unterstützung errichtete weitere Zuckerfabrik eröffnet, so dass Mali schon in wenigen Jahren von einem

Zuckerimporteur zu einem regional bedeutenden Exporteur von Zucker werden könnte.

Ein weiteres wichtiges Industrieprojekt umfasste den Bau einer Zementfabrik in Westmali. Die von einem indischen Unternehmen betriebene Fabrik deckt einen Teil des rasch wachsenden Inlandsbedarfs an Zement. Die Realisierung des Projekts wurde jedoch durch Versuche eines großen französischen Zementherstellers verzögert, das Investitionsvorhaben des indischen Unternehmens zu sabotieren. In der Nähe von Kati (Umland von Bamako) wurde in 2016 eine von einem marokkanischen Unternehmen betriebene weitere Zementfabrik eröffnet. In der gleichen Gegend nahm im Oktober 2019 die dritte Zementfabrik Malis die Produktion auf, die einem französischen Zementkonzern gehört. In der Region Kayes wird eine weitere Zementfabrik geplant.

Ein indisches Unternehmen eröffnete in 2009 das erste Traktorenmontagewerk des Landes. In 2013 wurde unweit von Bamako das erste Baustahlwerk des Landes eingeweiht, das mit maßgeblicher Unterstützung eines indischen Unternehmens errichtet wurde. Das gleiche Unternehmen betreibt in Südmali seit 2011 die erste Eisenerzmine Malis.

In 2013 wurde unweit von Bamako das erste Fahrzeugmontagewerk Malis eingeweiht. In dem malisch-südkoreanischen Gemeinschaftsunternehmen werden Pkw, Lkw und Busse produziert. In 2015 nahm im Umland von Bamako die erste Elektrokabelfabrik des Landes den Betrieb auf, deren Produkte zum Teil auch in die Nachbarstaaten exportiert werden sollen. In 2016 wurde in Kayes ein moderner Kühlschlachthof eröffnet, der einen Großteil seiner Produktion nach Senegal exportiert. In 2016 kündigte ein chinesisches Unternehmen die Errichtung von zwei Baumwollspinnereien und drei Baumwollentkernungsfabriken an. In 2018 nahm in der Nähe von Bamako eine mit chinesischer Unterstützung errichtete pharmazeutische Fabrik die Produktion auf. In 2019 wurde im Umland von Bamako eine Fabrik für Verpackungsmaterial eröffnet.

Die hohen Erwartungen (Schaffung von bis zu 20.000 Arbeitsplätzen) in Bezug auf eine von der Industrieförderungsagentur AZI angelegte neue Industriezone am Stadtrand von Bamako wurden bislang bei weitem noch nicht erfüllt. Gleiches trifft auch auf die von der AZI unterstützte Anlage weiterer Industriezonen in den Regionshauptstädten Ségou, Kayes, Sikasso, Mopti und Koulikoro sowie in Koutiala, Fana, Bougouni, Kati, Ouélessébougo und Sanankoroba zu.

Informeller Sektor

Insbesondere in den rasch wachsenden Städten ist der informelle Sektor von großer Bedeutung. Er sieht sich jedoch mit einer Reihe ernster Probleme konfrontiert. So sind die im informellen Sektor erzielten Einkommen vielfach gering, der Zugang zu Krediten und Produktionsmitteln ist stark eingeschränkt und es fehlt weitgehend an Förderungsstrategien für diesen bislang von der Wirtschaftspolitik vernachlässigten Sektor. Zudem kommt es gerade in Bamako immer wieder zu Streitigkeiten zwischen Angehörigen des informellen Sektors und der Stadtverwaltung, die zuletzt im Sommer 2016 massiv gegen die Nutzung öffentlicher Flächen durch Angehörige des informellen Sektors vorging.

Von erheblicher Bedeutung gerade auch für den informellen Sektor ist die zunehmende Zahl von Mikrofinanzinstitutionen, wie zum Beispiel die Spar- und Kleinkreditkasse Nyèsigiso und das Dorfsparkassennetzwerk Kafo Jiginew, das 1987 gegründet wurde und gegenwärtig 382.000 Mitglieder zählt. Eine wichtige Zielgruppe der Mikrofinanzinstitutionen stellen Frauen dar.

In 2010 wurde bekannt, dass die Spar- und Kleinkreditkasse Jéméni in sehr ernste Schwierigkeiten geraten war.

Die Zahl der hiervon betroffenen Sparer wurde landesweit auf ca. 60.000 Personen geschätzt. Als Reaktion auf die bekannt gewordenen Missstände kam es zu Demonstrationen und verstärktem Vertrauensverlust.

Tourismus

In einigen Landesteilen hatte der Tourismus bis 2009 deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der ausländischen Touristen stieg von 98.000 Personen in 2002 auf 250.000 Personen in 2009, womit der Tourismus zwischenzeitlich ein immer wichtigerer Wirtschaftssektor (Einnahmen aus dem Tourismus 2008: 115 Mrd. FCFA) geworden war, der in 2008 vom damaligen Tourismusminister als eine zukünftige Lokomotive des wirtschaftlichen Wachstums bezeichnet wurde. Allerdings wurde seit 2009 aufgrund der zunehmend angespannten Sicherheitslage ein starker Rückgang der Zahl ausländischer Besucher verzeichnet (71.000 europäische Touristen in 2014 gegenüber 190.000 europäischen Touristen in 2008), der sich sehr negativ auf die lokale Wirtschaftsentwicklung in den Tourismusgebieten ausgewirkt hat. Viel Beachtung fand ein UNESCO-Projekt zur Förderung eines sozial- und umweltverträglichen und nachhaltigen Tourismus im Dogonland.

Produkte und Produktionsweisen

In der Agrarwirtschaft dominieren traditionelle Produktionsweisen, die weitgehend ohne moderne Produktionsmittel auskommen. Ausnahmen stellen der moderne Bewässerungsreisbau, der von subventionierten Produktionsmitteln profitiert, und der exportorientierte Baumwollanbau dar. Seit einigen Jahren fördert die Regierung den Einsatz von Traktoren, wobei es sich überwiegend um im Lande montierte Traktoren handelt.

Der exportorientierte Baumwollanbau wurde seit den Neunziger Jahren massiv ausgeweitet (2003: 621.000 t Rohbaumwolle), was zunehmende ökologische Schäden nach sich gezogen hat. Im Zeitraum 2006 bis 2008 ging die Baumwollproduktion sehr erheblich zurück (Tiefpunkt in 2008 mit lediglich 201.000 t), wobei der Produktionsrückgang vor allem auf die verspätete Bezahlung der Baumwolle durch die CMDT, die Verschuldung der Bauern und gestiegene Produktionsmittelkosten zurückgeführt

wurde. Zudem erwies sich die CMDT nur unzureichend in der Lage, den Baumwollbauern in ausreichendem Maße Produktionsmittel zu liefern. Es bleibt abzuwarten, ob die seit 2009 verzeichnete Erhöhung der Baumwollproduktion von langfristiger Dauer sein wird. Von 2011 auf 2012 wurde ein Anstieg der Baumwollproduktion von 245.000 t auf 454.000 t erzielt. In 2013 blieb jedoch die Produktion mit 440.000 t deutlich unter dem Planziel (522.000 t). Der Hauptgrund hierfür bestand in der Tatsache, dass angesichts der Preisentwicklung auf dem Weltbaumwollmarkt die CMDT die Streichung einer Prämie für Baumwollproduzenten angekündigt hatte. Bis 2018 strebt die CMDT die Erhöhung der Baumwollproduktion auf 800.000 t an. Jedoch wurden in 2014 und 2015 die Planziele für die Baumwollproduktion deutlich verfehlt. So wurden in 2015 bei einem Planziel von 650.000 t Rohbaumwolle lediglich 513.000 t produziert. In 2016 wurde mit 645.000 t Rohbaumwolle das Planziel erreicht. In 2017 stieg Mali mit 706.000 t Rohbaumwolle (Planziel: 725.000 t) zum größten Baumwollproduzenten Afrikas auf. In 2018 wurde mit 728.000 t Rohbaumwolle (Planziel: 750.000 t) eine Rekordernte eingebracht. Für 2019 sah das Planziel die Produktion von 800.000 t

Rohbaumwolle vor, das jedoch nicht erreicht wurde (Produktion in 2019: 700.000 t). Für 2020 sieht das Planziel die Produktion von 820.000 t Rohbaumwolle vor. Allerdings war die Baumwollkampagne 2020 von einem massiven Anbauboykott seitens der Baumwollproduzenten-Vereinigungen betroffen, die einen höheren Aufkaufpreis und mehr staatliche Unterstützung (vor allem subventionierten Kunstdünger) forderten. Schätzungen gehen von einer Ernte von weniger als 200.000 t Rohbaumwolle aus.

Die USAID hat seit 2005 die Verwendung von gentechnisch manipuliertem Baumwollsaatgut gefördert, die jedoch umstritten blieb. Mit Unterstützung der VR China werden Anbauversuche mit Hybridreissorten durchgeführt. Bei der Ausarbeitung und

Einführung von Regeln der biologischen Sicherheit strebte die malische Regierung eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Regierungen anderer westafrikanischer Staaten an.

Der biologische Baumwollanbau gewinnt allmählich an Bedeutung und wird von über 8.000 Bauern in Südmali praktiziert. In zunehmendem Maße werden auch im Mangoanbau zertifizierte biologische Anbaumethoden angewendet. Gleiches trifft in Ansätzen ebenso auf den Sesamanbau zu.

Der Anbau von Gemüse und Obst hat vor allem im Umland größerer Städte stark zugenommen.

Insbesondere in Nord- und Zentralmali wird von den Tuareg, Mauren und Fulbe traditionelle halbnomadische und nomadische Tierhaltung praktiziert. Im Gegensatz hierzu steht die Entwicklung einer insbesondere im Großraum Bamako zunehmend intensiv praktizierten Hühnerhaltung, die sich jedoch in immer größerem Maße durch illegale Hähnchenfleischimporte gefährdet sieht.

Im Handwerk, das vor allem in den Städten an Bedeutung gewinnt, dominieren informelle Strukturen und einfache Techniken. Zugleich erfährt das Handwerk im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zunehmende Aufmerksamkeit.

Im Gegensatz zur handwerklichen Goldgewinnung sind die von den ausländischen Unternehmen im Goldbergbau praktizierten Abbautechniken kapitalintensiv und setzen entsprechend ausgebildetes Fachpersonal (häufig Ausländer) voraus. In zunehmendem Maße werden die durch die Goldproduktion verursachten Umweltschäden kritisiert.

Wirtschaftspolitik

In der Wirtschaftspolitik verfolgt die Regierung eine Förderung der Privatwirtschaft und der Liberalisierung, wobei diese Politik neben Zustimmung auch Ablehnung erfährt. Der Staatshaushalt ist defizitär.

Seit 1988, mit Nachdruck aber insbesondere seit Mitte der neunziger Jahre, unternimmt die malische Regierung deutliche Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Die auf Druck und mit Unterstützung der Weltbank durchgeführten wirtschaftspolitischen Reformprogramme (Handelsliberalisierung, Privatisierung und Liquidierung unrentabler Staatsbetriebe, Sektorprogramme) führten zu mehr Leistungsanreizen und Wettbewerb sowie einem deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts und ausländischer Investitionen. Oftmals verursachten die auf Druck der internationalen Gebergemeinschaft initiierten Maßnahmen aber auch soziale Härten und trafen bei (Teilen) der Bevölkerung auf Ablehnung. Bei der gescheiterten Privatisierung der

staatlichen Elektrizitätsgesellschaft Energie du Mali (EDM) (Übernahme der Kapitalmehrheit in 2000 durch die französische Bouygues-Gruppe) wurden sogar die vertraglich festgelegten Rahmenbedingungen, auf Druck breiter Teile der Bevölkerung, durch den Staatspräsidenten wieder außer Kraft gesetzt, was die malische Regierung 17 Mio. Euro kostete. Nach grundlegenden Meinungsverschiedenheiten mit der malischen Regierung verkaufte die Bouygues-Gruppe in 2005 ihre Anteile. Nach dieser gescheiterten Privatisierung ist die EDM ein Problemfall für die nationale Privatisierungspolitik geblieben, die im Übrigen vor dem letztlich verhinderten Wahljahr 2012 erheblich an Elan verlor. In 2012 übernahm die neu gegründete SOMAGEP den Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung der EDM.

Auch im ländlichen Raum ist eine erhebliche Ausweitung der Elektrizitätsversorgung geplant, wobei verstärkt auch die Solarenergie genutzt werden soll.

Die im Lande umstrittene Privatisierung der nationalen Baumwollgesellschaft CMDT wurde mehrfach verschoben und sollte ursprünglich in 2013 abgeschlossen werden. Die Interventionszone der CMDT Holding wurde in vier Gebietseinheiten (filiales) unterteilt, für die ausländische

Investoren ausgewählt werden sollen. Bislang wurde lediglich ein Interessent ausgewählt, und zwar eine chinesische Firma. Ein mögliches Scheitern der Verhandlungen würde ein erneutes Vergabeverfahren nach sich ziehen. Interessant könnten in Hinsicht auf die Privatisierung der CMDT auch die in Burkina Faso gewonnenen Erfahrungen sein.

Die Privatisierung der staatlichen Ölmühlengesellschaft HUICOMA endete in einem Fiasko. Einen wesentlichen Erfolg stellte hingegen die erste Phase der Privatisierung der SOTELMA dar, die sich zu 51 % im Besitz des marokkanischen Unternehmens Maroc Télécom befindet. Jedoch war die Privatisierung mit einem erheblichen Arbeitsplatzabbau verbunden und die Verwendung der Privatisierungserlöse umstritten. In 2012 begann die zweite Phase der Privatisierung der SOTELMA, die eine weitere Reduzierung des von der Regierung gehaltenen Anteils vorsieht. Sehr hohe Einnahmen erzielte die Regierung in 2012 mit der Vergabe einer Lizenz an einen dritten Mobilfunknetzbetreiber, der im Januar 2018 seinen Betrieb aufnahm.

Die malische Regierung ist verstärkt bemüht, ausländische und malische Privatinvestoren, zum Beispiel für den Ausbau des Industriesektors zu gewinnen, wobei auch Public Private Partnership (PPP) gefördert wird. So wurde beispielsweise in Kayes ein neues, auf der Grundlage von PPP errichtetes Wärmekraftwerk gebaut, das zu einer graduellen Verbesserung der problematischen Elektrizitätsversorgung beitragen soll.

Bislang konzentrieren sich Privatinvestoren auf die Sektoren Handel, Telekommunikation, Transportwesen und Baugewerbe. Hemmend wirkt sich neben der Binnenlage und infrastruktureller Mängel die weiterhin weit verbreitete Korruption aus, welche nach einer Weltbank-Studie zu den wichtigsten Investitionshemmnissen zählt.

Im Mai 2018 vereinbarte Mali mit Burkina Faso und der Elfenbeinküste die Schaffung einer grenzüberschreitenden

Sonderwirtschaftszone im Dreiländereck zwischen den Städten Sikasso, Bobo-Dioulasso und Korhogo. Hierdurch sollen das Wirtschaftswachstum und die regionale Integration gefördert werden. Auch vom Ausbau des internationalen Flughafens Bamako werden wesentliche Impulse für die Wirtschaftsentwicklung, speziell der Agglomeration Bamako, erwartet.

Der in 2019 publizierte Doing Business-Bericht der Weltbank, der die Wirtschaftsfreundlichkeit verschiedener Staaten analysiert, stuft Mali lediglich auf Rang 148 von 190 untersuchten Staaten ein. Dieses wenig positive Investitionsklima erfuhr auch ein deutsches Bauunternehmen bei der Verwirklichung eines Immobilienprojekts in Bamako.

Staatsverschuldung

In 2005 profitierte Mali zusammen mit 17 anderen hochverschuldeten Entwicklungsländern von einem von den G-8-Staaten gewährten umfassenden Schuldenerlass. Dennoch stellt die Verschuldung weiterhin ein wichtiges Problem dar. So entsprach die Staatsverschuldung in 2016 27,3 % des Bruttoinlandsprodukts (Quelle: indexmundi.com). In 2011 wurden Mali 8,4 Mrd. FCFA im Rahmen der Initiative für hoch verschuldete arme Staaten (Französisch: Initiative PPTe) erlassen.

In 2015 kündigte Frankreich an, Mali Schulden in Höhe von annähernd 65 Mio. Euro zu erlassen. Nach Angaben der französischen Regierung ist der Schuldenerlass Teil einer umfangreicheren Unterstützung seitens Frankreichs, die auch der Bekämpfung des Terrorismus diene.

Handel

Wichtigste Handelspartner Malis sind die EU-Staaten, die Republik Südafrika, die Nachbarländer Senegal und Elfenbeinküste sowie die VR China. Der malische Außenhandel ist deutlich defizitär. So standen in 2017 Importen im Wert von 4,3 Mrd. US-Dollar Exporte von lediglich 1,9 Mrd. US-

Dollar gegenüber. Wichtigste Einfuhrgüter waren Mineralölprodukte (21 % des Importwerts), mit Abstand gefolgt von Nahrungs- und Genussmitteln, Zement, Kunstdünger und Fahrzeugen. Bei den Exporten stand mit weitem Abstand Gold an der Spitze (72 % des Exportwerts), mit weitem Abstand gefolgt von Baumwolle (9,2 % des Exportwerts) und Lebendvieh (7,9 % des Exportwerts). In Bezug auf die Lebendviehexporte ist jedoch zu erwähnen, dass diese nur teilweise von der offiziellen Statistik erfasst werden (weit verbreiteter Schmuggel von Vieh in die Nachbarländer). Schwierig zu erfassen sind auch Reexporte von Importwaren.

Die malische Volkswirtschaft ist stark von der Entwicklung der Weltmarktpreise für Baumwolle und Gold abhängig. Mali ist in besonderem Maße von den erheblichen Schwankungen der Weltmarktpreise für Baumwolle betroffen. 1995 erzielte das Land pro Tonne exportierter Rohbaumwolle 1.486 Euro, in 2000 dagegen nur noch 784 Euro, wozu unter anderem die Subventionspolitik der USA und EU beigetragen hat. Der seitdem verzeichnete zeitweilige starke Wiederanstieg der Weltmarktpreise wurde jedoch zu einem erheblichen Teil durch die gestiegenen Produktionsmittel- und Transportkosten relativiert. Zudem folgte auf den in 2010 verzeichneten historischen Höchststand des Weltmarktpreises für Baumwolle nur ein Jahr später ein drastischer Preisverfall.

Angesichts der Entwicklung des Weltmarktpreises für Weizen wird auch in Mali verstärkt nach Alternativen zur Verwendung von importiertem Weizenmehl gesucht, das vor allem in den Städten in Form von Weißbrot konsumiert wird. Durch eine verstärkte Diversifizierungsförderung sollen die Abhängigkeit von Gold- und Baumwollexporten reduziert und die Exporte erhöht werden. Angestrebt wird insbesondere ein verstärkter Export von Mangofrüchten, wobei das Exportvolumen von 2005 bis 2017 von 2.900 t auf 16.900 t frische Früchte gesteigert werden konnte und Mangofrüchte zum fünftwichtigsten Exportprodukt (nach Gold, Baumwolle, Lebendvieh und

Kunstdünger) geworden sind. Allerdings bestehen trotz zunehmender Investitionen und steigender Mangoexporte noch erhebliche Schwierigkeiten und Herausforderungen. Angestrebt wird zudem ein verstärkter Export von industriell erzeugtem Mangopüree.

Zum Schutz der einheimischen Zwiebel- und Kartoffelproduzenten erließ das Handelsministerium Mitte 2015 ein vorübergehendes Importverbot für Zwiebeln und Kartoffeln. Trotz einer bedeutenden Eigenproduktion an Gemüse werden insbesondere zur Befriedigung der Gemüsenachfrage in den städtischen Zentren saisonal erhebliche Mengen Gemüse aus Nachbarländern, Marokko und den Niederlanden importiert.

Die Texte stammen vom Länderportal der GIZ, welches vom Netz genommen ist. Verfasser ist Kai Uwe Seebörger. Die Urheber wurden informiert, dass auf meiner Tourismuseite für Mali die Inhalte veröffentlicht werden.